



23.051

Energiegesetz. Änderung (Beschleunigungserlass)

Loi sur l'énergie. Modification (Projet de loi pour l'accélération des procédures)



GRAF MAYA

Basel-Landschaft

Grüne Fraktion (G)

Graf Maya (G, BL): Da uns diese Einzelanträge respektive dieser Antrag in der Kommission nicht vorlag, möchte ich mich hier gerne kurz äussern. Ich erachte diese Ungleichbehandlung der Kleinproduzentinnen und -produzenten gegenüber den grossen Stromproduzenten als ungerecht. Ich finde auch, wir sollten das hier jetzt nicht noch im letzten Moment in dieses Stromgesetz hineinflicken.

Der Einzelantrag führt zu einer Ungleichbehandlung unter den Produzenten, wir haben das von Kollege Müller gehört. Die kleinen Produzenten und Produzentinnen wären dem Markt ausgesetzt, ohne Vergütung bei negativen Preisen, während Grossanlagen, Grossstromproduzenten mit der Förderung mittels gleitender Marktprämie auch bei negativen Preisen eine Vergütung bekommen würden. Diese professionellen Produzenten müssten sich also nicht anpassen, während es von Hauseigentümerinnen und Hauseigentümern, Landwirtinnen und Landwirten verlangt würde.

Der Markt für Kleinanlagen kühlt sich schon ab, die Verunsicherung nimmt zu. Ich finde das schade, denn wir müssen die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer gerade in der heutigen Zeit motivieren, dass sie ihre kleinen Kraftwerke für ihre eigene Versorgung – oder eben auch, um noch für ihre Nachbarn Strom einzuspeisen – betreiben. Dieser Antrag würde diese Abkühlung verschärfen, und dann ist es ja noch eine Kann-Formulierung. Die Hausbesitzerinnen und Hausbesitzer, die Landwirtinnen und Landwirte investieren also – sie investieren ihr eigenes Geld – in diese Anlagen und wissen wegen der Kann-Formulierung dann gar nicht, ob sie überhaupt eines Tages in diese Rahmenbedingungen geraten oder nicht.

Ich möchte Herrn Bundesrat Röstli dazu gerne noch fragen – Herr Bundesrat Röstli, entschuldigen Sie, ich möchte Sie sehr gerne fragen -: Ist es nicht wichtig, dass diese grundlegende Diskussion im Rahmen der Lösung im Stromabkommen noch einmal geführt wird und dass genau dort, bei der Umsetzung des Stromabkommens, eben diese zunehmend negativen Strompreise dann gleichermassen für alle Produzenten und Produzentinnen geregelt werden? Wäre das nicht der richtige Rahmen für diese Diskussion?